

Forum Neue Politik der Arbeit – Herbsttagung 2003

Zweite Herbsttagung des Forums Neue Politik der Arbeit, Dortmund, 26.-27. September 2003

„Wissenspolitik und Arbeitspolitik – Bausteine für einen neuen Gesellschaftsvertrag“, so lautete der Titel der 2. Herbsttagung des Forum Neue Politik der Arbeit. Die Konferenz fand als Kooperationsveranstaltung des DGB Berlin-Brandenburg, der Sozialforschungsstelle Dortmund (sfs) sowie dem Berliner Institut für europäische Kommunikation (inEcom) statt. Es war bereits die zweite Tagung¹ mit der der Veranstalterkreis sich dem Thema Wandel der Arbeitsgesellschaft und den daraus resultierenden Konsequenzen für Gewerkschaften und kritischer Wissenschaft näherte. Der tiefgreifende gesellschaftliche Umbruch der letzten Jahrzehnte, so *Gerd Peter* (sfs) in seiner Begrüßung, werde erst allmählich in seiner ganzen Tragweite erfasst. Um seine Interpretation müsse zwischen arbeitsbezogener Wissenschaft und Gewerkschaften stärker öffentlich gerungen werden. Gegenüber dem neoliberalen Interpretationsschema, das das Denken in der Republik inzwischen dominiert, forderte er „eine machtvolle Gegenrede“. Denn letztlich gehe es „um die gesellschaftliche Definitionsmacht unserer Zukunft“.

Mit seiner Arbeit will das Forum dazu beitragen, diesen Zukunftsdialog auch durch regionale Einbettung und unter dem Aspekt der Vertiefung von Strukturen der Kooperation zwischen West und Ost zu fundieren. Berlin-Brandenburg, mit seiner spezifischen Melange aus politisch-kulturellem Hauptstadtklima und ökonomisch-struktureller Krisenhaftigkeit auf der einen Seite und das Ruhrgebiet, als ein altes Zentrum der industriegesellschaftlichen Aufbauphase, dessen ökonomisches Profil sich mittlerweile aber wesentlich gewandelt hat, auf der anderen Seite, bieten hier reichlich Stoff zu Anschauung und Analyse. Einen Einblick in das Ausmaß regionaler Transformationsprozesse gab der Vorsitzende der DGB-Region östliches Ruhrgebiet *Eberhard Weber*. Er verwies darauf, dass der Industriebesatz in der Ruhrgebietsmetropole Dortmund inzwischen niedriger ist, als der in den benachbarten Regionen Münsterland und Sauerland. Diese Radikalität des Strukturwandels, so Weber, „ist auch für uns Dortmunder immer noch eine überraschende Erkenntnis“.

Auf das Thema Gewerkschaften und Wissenschaft ging anschließend der DGB-Landesbezirksvorsitzende von Berlin-Brandenburg *Dieter Scholz* in seinem Einleitungsbeitrag ein. Die Isolation der Gewerkschaften während des Streiks der IG Metall um die 35-Stunden-Woche in Ostdeutschland, die sich

¹ Die Ergebnisse der ersten Tagung, die im Herbst 2002 am Pichelsee in Berlin stattfand, sind inzwischen als Publikation erschienen: Dieter Scholz, Heiko Glawe, Helmut Martens, Gerd Peter, Frieder O. Wolf (Hg.) unter Mitarbeit von Pia Paust-Lassen: Arbeiten in der neuen Zeit, Regulierung der Ökonomie, Gestaltung der Technik, Politik der Arbeit, Münster 2003 (Lit. Verlag).

u.a. an dem nahezu gänzlichen Ausbleiben von unterstützenden Solidaritätsbewegungen in der Öffentlichkeit gezeigt habe, war eine neue Erfahrung. Ebenso neu sei für Gewerkschaften demgegenüber aber auch die Erfahrung, dass konkrete zivilgesellschaftliche Bewegung sich am Thema Wissen und Wissenschaft formiert. So entwickelte sich in Berlin beispielsweise ein Bündnis zwischen Gewerkschaften, der Industrie- und Handelskammer und lokalen Bürgerinitiativen, die sich gemeinsam für die Erschließung und den Ausbau von Oberschöneweide, einer alten Industriebrache, als Standort der Fachhochschule für Technik und Wirtschaft Berlin (FHTW) einsetzen. Die FHTW war bislang an fünf Plätzen über die Stadt verteilt und soll nun dort räumlich konzentriert und nach Möglichkeit ausgebaut werden. In diesem Sinne stelle die Wissenspolitik ein neues, von gewerkschaftlicher Seite bislang zu sehr vernachlässigtes Feld dar, das es zu bestellen gelte.

Prof. Karl-Georg Zinn (RWTH Aachen) leitete dann mit einem Referat zur „Zukunft eines qualitativen Keynesianismus in Europa“ in die fachliche Debatte ein. Er kritisierte die Verkürzung der Keynesischen Theorie auf das Moment von deficit spending, die im Nachkriegskeynesianismus zum Tragen kam. Die Beschränkung auf die quantitative Kurzfristspektive dieser Theorie ist seines Erachtens aber gerade für die heutigen Problemstellungen am wenigsten ergiebig. Die seit den 1970er Jahren anhaltende Phase der ökonomischen Stagnation, deren zu erwartendes Eintreten Keynes auf der Grundlage seiner Analysen bereits sehr frühzeitig prognostiziert hatte, fordere vielmehr den Blick auf die langfristigen, d.h. die qualitativen Entwicklungsperspektiven zu richten. Als Stichworte für solche qualitativen Aspekte nannte er u.a. das Ziel einer höheren Egalität in den Verteilungsverhältnissen, die Weiterentwicklung eines sinnvollen öffentlichen Verbrauchs (Bildung, Gesundheit etc.) sowie die kontinuierliche Veränderung der Arbeitszeitregime, u.a. im Sinne einer Ausschöpfung der gesellschaftlichen Potentiale zur Arbeitszeitverkürzung. Diese könnten, im Unterschied etwa zur Fixierung auf das Moment der Wochenarbeitszeit, durchaus auch auf die demografische Herausforderung einer derzeit wachsenden Zahl älterer Menschen angerechnet werden. Gemessen an Wachstums- und Beschäftigungseffekten, so Zinn, sei der Versuch die Stagnationskrise auf dem neoliberalen Weg der Deregulierung und Liberalisierung zu überwinden jedenfalls gescheitert. Indessen gebe es in Europa aber auch einige Länder, insbesondere des Typs, der nach Esping-Anderson als skandinavisches Wohlfahrtsstaatsmodell charakterisiert werden kann, die diesen Weg in Teilen gar nicht erst oder weniger nachdrücklich eingeschlagen haben. Als Indikator dieses alternativen Entwicklungspfad könne unter Bezug auf den Index Menschlicher Entwicklung (HDI) des Weltentwicklungsberichts der Vereinten Nationen das Niveau der Staatsquote herangezogen werden. Diese liege in Schweden, das nach dem HDI-Ranking den vordersten Platz belegt, also mithin das höchste Entwicklungsniveau aufweise, beispielsweise bei über 60 Prozent. Dadurch werde nicht nur die verbreitete These in Frage gestellt, dass eine hohe Staatsquote in Zeiten der Globalisierung den gesellschaftlichen Wohlstand gefährde. Mehr noch verweise dieses

Ergebnis darauf, dass für die zivilisatorische Bewältigung der Probleme des Gegenwartskapitalismus und die Gestaltung der Zukunft Europas viel von der politischen Kultur des Nordens zu lernen sei.

Alexandra Scheele (GendA - Netzwerk feministische Arbeitsforschung) referierte im Anschluss zum Thema „Feminisierung der Arbeit und die Arbeitsforschung“. Männer, so eine ihrer Thesen, müssen sich zunehmend auf feminisierte Arbeitsverhältnisse einlassen. Feminisierung der Arbeit meint dabei in erster Linie die Ausweitung jener Trends der Fragmentierung und Prekarisierung, von denen bislang vorwiegend der wachsende Teil erwerbstätiger Frauen betroffen war, zu Lasten des männlichen Normalarbeitsverhältnisses. Tradierte Klischees der Arbeit werden auf diesem Wege zwar brüchig, was jedoch mitnichten bedeute, dass sich die Geschlechtersegregation auflöse. Die Arbeit in privaten Haushalten – selbst dort, wo es sich um formalisierte Tätigkeiten handelt – werde nach wie vor überwiegend ebenso von Frauen verrichtet, wie die Entgrenzung von Erwerbsarbeit („Arbeiten ohne Ende“) tendenziell eher einer Stärkung männlicher Strukturen gleich komme und die Wege in Leitungspositionen für Frauen immer noch häufig durch schwer überwindbare Zugangsbarrieren verstellt seien. Dennoch gäbe es aufgrund der Erosion tradierter Arbeitsstrukturen Chancen, das Zusammenleben von Frauen und Männern in der Gesellschaft im Hinblick auf eine neue Qualität von Arbeit zu thematisieren und zu gestalten. Dies beginne indes bei der systematischen Einbeziehung der Kategorie Geschlecht in der „Männerdomäne“ Arbeitsforschung. In diesem Zusammenhang stellte Scheele den Ansatz der „Soziabilität“ als Leitbild des GendA-Netzwerks feministische Arbeitsforschung vor. Soziabilität übersetzte sie mit Anschlussfähigkeit bzw. Vereinbarkeit im Hinblick auf a) die interne Dimension der Arbeit, d.h. das Spannungsfeld von Arbeitsanforderungen und den Bedürfnissen sowie der Konstitution der Einzelnen, b) deren externe Dimension, d.h. die Vereinbarkeit von Arbeit mit anderen Lebensbereichen sowie c) der gesellschaftlich-politischen Dimension z.B. im Hinblick auf das Geschlechterverhältnis im Gesellschaftsvertrag oder die Aspekte von demokratischer Teilhabe und Integration über Arbeit. Dieser Ansatz wird gleichermaßen als normatives und als analytisches Vorhaben entwickelt. Im Unterschied zu anderen Konzepten in der Arbeitsforschung sollen Ziel-, Interessens- und Bedürfniskonflikte dabei von vornherein in die Betrachtung integriert werden, um darüber zu einem zukunftsfähigen Arbeitsbegriff zu gelangen.

Die Frage ob Wissenspolitik heute an die Stelle von Industriepolitik getreten und Arbeitspolitik nunmehr obsolet geworden sei, stellte *Prof. Ulrich Jürgens* (Wissenschaftszentrum Berlin - WZB) an den Ausgangspunkt seiner Betrachtungen zu den Wechselwirkungen von „Industrieller Entwicklungsdynamik und Wissen“. Es mangle, so seine Diagnose, an einer Diskussion, die die Triebkräfte jener Entwicklung von der Industrie- zur Wissensgesellschaft identifiziert, die an drei vorherrschenden Trends deutlich werde: Erstens dem Trend zu einer wissensbasierten Industrie, zweitens dem Trend zur Hochtechnologieentwicklung und drittens dem Trend zum Wissensmanagement. Gera-

de im Hinblick auf letzteres werde deutlich, dass Unternehmen immer mehr darum bemüht sind, die Wissensschätze ihrer Beschäftigten zu heben und individuelles Wissen in Organisationswissen zu verwandeln, also von einem expliziten zu einem reflexiven Wissen zu gelangen. Antreiber dieser Trends sind Jürgens zufolge u.a. die Entwicklung der IuK-Technologien, der zunehmende Rückgriff auf Benchmarking- und Normierungsprozesse, die Ausbildung von Kernkompetenzfeldern, die einher geht mit der Neufestlegung ganzer Prozessketten sowie die Suche nach neuen Geschäftsmodellen und eine entsprechende strategische Ausrichtung der Unternehmenspolitik. Jürgens verwies zur Illustration auf das Beispiel des Siemenskonzerns, der sich in den vergangenen dreißig Jahren von einem Industrieunternehmen zu einem Dienstleistungs- und Wissensbetrieb entwickelte. Dabei sei es die Industriegesellschaft selbst, die die wissensbasierten Tätigkeiten aus sich heraus treibe. So stelle der globale Trend zunehmender Kontraktfertigung die andere Seite des Trends zur Wissensgesellschaft dar. Entwicklungsbüros, Software-Dienstleister, Systemzulieferer oder Berater, alle diese ehemals – etwa in der Automobilindustrie – zumeist unter einem Firmendach vereinten Tätigkeitsbereiche werden nun mehr und mehr zu selbständigen Teilen in fragmentierten Prozessketten und Produktionsnetzwerken. Im Gefolge dessen verändere sich auch der Umgang mit Wissen. So führe etwa der Druck von Outsourcingprozessen im Hinblick auf zu erbringende Kompetenznachweise zur Zunahme von Patentanmeldungen. Was innerhalb der Unternehmen früher eine freie Ressource war, ist heute zum Gegenstand von Juristen geworden. Überhaupt, so Jürgens, stelle sich die Frage, inwiefern das Beratersystem, das durch die Industriedynamik hervorgerufen wurde, inzwischen selbst die Prozesse treibt – einschließlich der normativen Setzung von Standards.

Die Plenumsdebatten zu den einzelnen Themenschwerpunkten zeichneten sich nicht nur durch eine rege Beteiligung aus, sondern auch durch das Bemühen, Bezüge zwischen verschiedenen Beiträgen herzustellen, was im Rahmen solcher Veranstaltungen nicht unbedingt selbstverständlich ist. So wurde beispielsweise die Frage aufgeworfen, welche Perspektiven sich ergeben, wenn die aus den Umbrüchen in der Erwerbsarbeit resultierenden Chancen für Fortschritte im Geschlechterverhältnis mit den Möglichkeiten, die der Ansatz eines qualitativen Keynesianismus im Sinne von ‚guter Arbeit‘ und ‚gutem Leben‘ eröffnet, zusammen gedacht werden? Prof. Adelheid Biesecker (Uni Bremen) wies in diesem Zusammenhang in einem Diskussionsbeitrag darauf hin, dass die Art und Weise, in der etwa konkrete Sorgearbeit gesellschaftlich organisiert wird, durchaus auch als eine Kulturfrage zu betrachten ist. Die feststellbare Offenheit im Hinblick auf die diskursive Reflexion von Genderaspekten schlug sich in der anschließenden, zeitlich zu knapp bemessenen Arbeitsgruppenphase zumindest in einer Hinsicht kaum nieder: Wie so häufig bei solchen Gelegenheiten blieben in der AG „Wissenspolitik und Neubewertung der Arbeit – Wissensbedarf aus gender-Perspektive“, die teilnehmenden Wissenschaftlerinnen und Gewerkschafterinnen weitgehend unter sich, während der männliche Teilnehmerkreis (der Autor kann sich da nicht ausneh-

men) sich in der AG „Strategische Wissensallianzen mit Gewerkschaften“/„Wissenspolitik für Nachhaltigkeit in der Region“ einfind, um über die institutionellen und praktischen Probleme und Perspektiven entsprechender Transferprozesse zu diskutieren.

Den zweiten Konferenztage eröffnete *Prof. Klaus Brake* (Berlin Studie) mit einem Referat über „Das Beispiel des Zusammenhangs von Wissen und Stadtentwicklung in Berlin: Aus Wissen Arbeit machen!“ Städte, so seine Ausgangsthese, seien heute bei der Ausschöpfung von Entwicklungsressourcen auf einen produktiven Umgang mit Wissen und seine Generierung angewiesen. Dies gelte nicht nur für Berlin, sondern in Anbetracht des globalen sozialökonomisch-kulturellen Strukturwandels letztlich für alle Städte – bei wachsendem Druck des Wettbewerbs untereinander. Als Leitbilder zur Mobilisierung von Entwicklungsressourcen im Sinne einer Kopplung von Wissenschaft, Forschung und Kultur empfahl Brake: Ertüchtigung der Menschen, selbständiges Handeln und Risikobefähigung. Um aus Wissen Arbeit zu machen bedürfe es ferner eines kommunalen Wissensmanagements. Dessen Verwirklichung stellte er in drei notwendige Kontexte: a) Förderung von Wissensneugierde, d.h. Schaffung einer entsprechenden Kultur in der Stadt, b) Formierung von Wissensorten, d.h. bestimmter räumlicher Konzentrationen der Wissensproduktion und c) Entwicklung von Treffpunkten, d.h. bestimmten Foren, in denen sich beispielsweise auch auswärtiges Wissen präsentieren kann. Die Aufgabe, diese endogenen Wissenspotenziale zu mobilisieren, lasse sich mit dem Konzept der Nachhaltigkeit und lokalen Agenda-Prozessen verbinden. Hierzu bedürfe es stützender Infrastrukturen, wie Senior-Experten, Wissens-Netze, Wissens-Landkarten, Wissens-Fernsehen oder Online-Bibliotheken u.a.m. Die Rahmenbedingungen für die politische Strategie einer „Stadt des Wissens“ sieht Brake durch die Prozesse einer sich herausbildenden Dienstleistungsökonomie, die verstärkt auf wissenschaftsbasierten Tätigkeiten beruht, sowie dem Trend zum lebenslangen Lernen, Selbstinitiative u.ä. gegeben. Mit Bezug auf das Beispiel Berlin betonte er, dass die Notwendigkeit eines kompletten ökonomisch-strukturellen Neuaufbaus, die aus dem Industriekahlschlag dort resultiere, nicht nur als Belastung, sondern auch als Vorteil für einen Mentalitätswandels begriffen werden könne. Berlin habe daher nicht nur aufgrund seiner Größe gute Optionen, seine Kompetenz als Standort für die Generierung sozialkulturellen Erklärungswissens auszubauen. Diese Möglichkeiten zu Nutzen erfordere aber eine integrierte Wissens- und Wirtschaftspolitik einschließlich der Einrichtung entsprechender Institutionen politischer Steuerung.

Im Anschluss an eine Aussprache zu diesem Beitrag, in der etwa die Einbettung der vorgestellten Konzeption in das soziale Alltagsleben der Menschen oder auch die vorgestellten Leitbilder und ihre implizite Botschaft kritisch hinterfragt wurden, standen zum Abschluss der Veranstaltung die gemeinsamen Arbeitsperspektiven des Forums zur Diskussion. Während beispielsweise *Heiko Glawe* (DGB Berlin-Brandenburg) sich dafür aussprach der Frage nachzugehen, was arbeitspolitische Nachhaltigkeit sein kann, wurde von anderer Seite angeregt, dem Thema ‚Zeit als Ressource‘ größere Aufmerksamkeit

keit zu widmen. *Dieter Scholz* und *Frieder Otto Wolf* (inEcom) verwiesen auf den Aspekt der neoliberalen Hegemonie, deren Entstehung grade viele Linke ratlos gegenüberstehen und deren anhaltende Definitionsmacht darauf hindeute, dass die Debatte um den Charakter gesellschaftlicher Umbrüche sich heute in weiten Teilen auf dem Terrain umkämpfter Begriffe bewegt auf dem es gilt Boden zurück zu gewinnen.

Vor diesem Hintergrund wird das Forum Neue Politik der Arbeit² auch im Jahr 2004 seine Debatte um offene Fragen nachhaltiger Politik aus arbeitsbezogener Sicht fortsetzen. Es leistet damit zugleich einen wichtigen Beitrag im notwendigen Prozess politisch-wissenschaftlicher Selbstverständigung für eine kritische Praxis, die in Anbetracht aktueller Prozesse der Re-Kommodifizierung von Arbeit, der Demontage des Sozialstaates und wachsender Ungleichheit zweifellos gefordert ist.

Jörg Reitzig

² Für nähere Informationen zum Forum und seinen Arbeitsvorhaben siehe im Internet unter: www.forum-neue-politik-der-arbeit.de.